



# **Niederschrift**

## **Sozialausschuss**

20. Wahlperiode – 58. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Mai 2024, 11:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Katja Rathje-Hoffmann (CDU), Vorsitzende

Hauke Hansen (CDU)

Dagmar Hildebrand (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Andrea Tschacher (CDU)

Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Catharina Nies (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birte Pauls (SPD)

Sophia Schiebe (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Christian Dirschauer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Kinderarmut beenden – gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Kindern und jungen Menschen gewährleisten</b>	<b>4</b>
	Antrag der Fraktionen von SSW und SPD Drucksache 20/781(neu)	
	<b>Kinderarmut wirksam bekämpfen</b>	<b>4</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/875	
<b>2.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>22</b>

Die Vorsitzende, Abgeordnete Rathje-Hoffmann, eröffnet die Sitzung um 11:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Kinderarmut beenden – gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Kindern und jungen Menschen gewährleisten**

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD  
[Drucksache 20/781](#)(neu)

**Kinderarmut wirksam bekämpfen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜND-  
NIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 20/875](#)

**Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände Schleswig-Holstein**

Dr. Johannes Reimann, Schleswig-Holsteinischer Landkreistag

[Umdruck 20/1685](#)

Herr Dr. Reimann, Referent für Recht, Jugend und Soziales beim Schleswig-Holsteinischen Landkreistag, betont, er spreche heute ausschließlich für den Landkreistag, und verweist auf seine schriftliche Stellungnahme ([Umdruck 20/1685](#)). Insbesondere sei hervorzuheben, zur Bekämpfung von Kinderarmut seien funktionierende und auskömmlich finanzierte Regelsysteme erforderlich. Armut sei insbesondere dann problematisch, wenn diese dadurch sichtbar werde, dass Kinder nicht an Regelsystemen partizipierten und insofern nicht an der Gesellschaft teilhaben könnten.

Der sich bereits im parlamentarischen Verfahren auf Bundesebene befindliche Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung bereite dem Landkreistag große Sorgen, da nicht erkennbar sei, dass es zu Mehrleistungen für Familien mit Kindern zur Bekämpfung von Kinderarmut kommen werde. Vielmehr würden behördliche Strukturen geschaffen, die Familien überforderten, zum einen durch getrennte Zuständigkeiten für Eltern und Kinder sowie durch die digitalen Zugangswege.

## **Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein**

Samiah El Samadoni

[Umdruck 20/1859](#)

Frau El Samadoni verweist auf ihre schriftliche Stellungnahme ([Umdruck 20/1859](#)) und hebt hervor, ihres Erachtens sei es erforderlich, zu einer Neudefinition des soziokulturellen Existenzminimums für Kinder zu kommen.

Derzeit sei eine Zersplitterung von Ansprüchen zu konstatieren, sodass oftmals mehrere Behörden einzubeziehen seien. Insofern spreche sie sich dafür aus, dass Bedürftige nur einen Antrag stellen müssten, der die Prüfung aller Leistungen umfasse.

Darüber hinaus halte sie es für vollkommen unrealistisch, in naher Zukunft 5.000 Arbeitskräfte für die geplanten Familienservicezentren zu rekrutieren. Hinzu komme eine zu befürchtende Sogwirkung, die Personal aus anderen Sozialbehörden abwandern lasse. Dann käme es zu einem Stillstand bei der Bearbeitung anderer sozialer Aufgaben.

Ferner sei die Ansprechbarkeit einer Behörde vor Ort von großer Bedeutung. Hierzu zähle insbesondere die Möglichkeit, einen Antrag vor Ort zu stellen und mit einem Behördenmitarbeiter zu sprechen und sich von diesem beraten zu lassen.

Ein einfaches Instrument zur Bekämpfung von Kinderarmut sei die Bereitstellung eines kostenlosen Mittagessens in Schule und Kita für alle Kinder.

Kitabeiträge könnten erlassen werden, wenn den betroffenen Eltern die Zahlung des Kitabeitrags nicht zuzumuten sei. Für den Fall, dass es Eltern aus welchen Gründen auch immer versäumt haben sollten, einen entsprechenden Antrag zu stellen, ergebe sich eine im Land sehr heterogene Situation. Während in einem Kreis rückwirkend vollkommen befreit werde, werde in einem anderen Kreis nur für die Zukunft befreit. In der Folge würden Familien möglicherweise mit Schulden konfrontiert, die sie niemals hätten, wenn sie den Antrag rechtzeitig gestellt hätten, und die sie letztlich nicht abtragen könnten. Zumindest einer uneinheitlichen Vollzugspraxis im Land müsse entgegengewirkt werden. Zudem sollte ein möglichst großzügiger Erlass Details regeln. Ferner sollten Kitabeiträge trotz der finanziellen Situation der öffentlichen Hand nicht erhöht werden.

Der vorliegende Antrag und der vorliegende Alternativantrag unterschieden sich nur in Nuancen voneinander. Sie wünsche sich eine gemeinsame parlamentarische Initiative.

**Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e. V.**

Anette Langner, Vorsitzende

[Umdruck 20/1714](#)

Frau Langner, Vorsitzende der LAG, merkt an, die große Konvergenz der beiden vorliegenden Anträge zeuge von einer großen gemeinsamen parlamentarischen Basis. Im Übrigen legt sie den Inhalt der vorliegenden Stellungnahme ([Umdruck 20/1714](#)) dar.

Die kürzlich durchgeführte Kinderarmutskonferenz sei bedauerlicherweise sehr weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben und kaum über eine Bestandsaufnahme der Situation hinausgekommen.

Auf Landesebene sollte ihres Erachtens insbesondere eine Stärkung der Regelsysteme angegangen werden, um Kinderarmut zu bekämpfen und um Kindern in diesem Land ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen. Die finanziellen Folgen einer Reduzierung der Unterstützung der Regelsysteme wären fatal. Insofern appelliere sie, Ausgaben für die Regelsysteme nicht als konsumtive Ausgaben, sondern als Investitionen in die Zukunft zu begreifen.

\*\*\*

Auf eine Frage der Abgeordneten Nies, ob die Landkreise an einer einheitlichen Verwaltungspraxis hinsichtlich der Ermäßigung von Kitabeträgen arbeiteten, teilt Herr Dr. Reimann mit, Aufgabe des Landkreistags sei es, die Interessen der Landkreise zu vertreten. Die Rechtsaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte übe an dieser Stelle die Sozialministerin aus. Sollten Rechtsvorschriften unterschiedlich ausgelegt werden, sei es Aufgabe des Fachministeriums als zuständiger Rechtsaufsichtsbehörde, für klare Verhältnisse zu sorgen.

Bezogen auf die Anregung von Abgeordneter Waldeck, neue Erstanlaufstellen im Falle von Kinderarmut einzurichten, legt Herr Dr. Reimann dar, die Einbeziehung der Jugendhilfe an dieser Stelle wäre ein Mammutprojekt auf Bundesebene und könne sicherlich nicht von Schleswig-Holstein aus gesteuert werden.

Frau Langner weist mit Blick auf die Einlassung von Abgeordnetem Kalinka, ob die in den vergangenen Jahren vorgenommene Mittelerhöhung im Kitabereich im System nicht erkennbar sei, darauf hin, die bisher seitens des Landes unternommenen Anstrengungen seien zwar anzuerkennen, reichten aber nicht aus, um die gewünschte Betreuungsquantität und -qualität zu gewährleisten. Gute frühkindliche Bildung und gute Kitainfrastruktur seien unabdingbar im Kampf gegen Kinderarmut.

Frau El Samadoni hebt mit Blick auf die Fragen der Abgeordneten Dirschauer und Pauls hervor, das Armutsrisiko steige mit höherer Kinderanzahl, im Falle einer Behinderung und sei im Übrigen bei Alleinerziehenden groß; denn diese Faktoren stünden einer Erwerbstätigkeit entgegen. Insofern sei eine gute und umfassende Betreuung in Kita und Schule geboten, damit Eltern erwerbstätig sein könnten. Ferner seien inklusive Unterstützungssysteme erforderlich.

Hinsichtlich der Frage der Abgeordneten Schiebe nach der effizienten Lösung teilt Frau El Samadoni mit, systemische Lösungen böten stets eine bessere Wirksamkeit, seien jedoch oftmals die kostenintensiveren Lösungen.

Herr Dr. Reimann fügt hinzu, erforderlich sei ein möglichst resilienter Sozialstaat, der viele Bedarfe systemisch abdecke. Die vom Landkreistag angeregte Teilhabekarte könne einen Beitrag hierzu leisten.

Frau Langner spricht sich ebenfalls für die Stärkung von Regelsystemen aus. Dies sei nur kurzfristig betrachtet der kostenintensivere Weg.

Auf die Frage nach Ergebnissen der Kinderarmutskonferenz weist Frau Langner darauf hin, konkrete Verabredungen seien nicht getroffen worden.

Auf die Frage des Abgeordneten Balke, wie die Schulabbrecherquote insbesondere in benachteiligten Regionen des Landes gesenkt werden könne, teilt Frau El Samadoni mit, wichtig seien präventive und reaktive Ansätze. Außerdem müsse der Übergang von Schule zu Beruf optimiert werden.

Herr Dr. Reimann weist darauf hin, ein ausreichendes und verlässliches Angebot von Kitaplätzen sei von großer Bedeutung. Zudem müsse bei Eltern darauf hingewirkt werden, dass dieses

Angebot auch in Anspruch genommen werde; denn ein Kitabesuch biete Bildungschancen und sei eine gute Armutsprävention.

Auf Bitten des Abgeordneten Kalinka sagt Frau Langner zu, dem Sozialausschuss Vorschläge zur Entbürokratisierung zukommen zu lassen (siehe [Umdruck 20/3180](#)).

### **Fachhochschule Kiel**

Dr. Kai Marquardsen, Professor für Armut und soziale Ungleichheit  
im Kontext der sozialen Arbeit

[Umdruck 20/3061](#)

Herr Dr. Marquardsen verweist auf seine schriftliche Stellungnahme ([Umdruck 20/3061](#)) und hebt hervor, die beiden vorliegenden Anträge wiesen zwar in die richtige Richtung, seien aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Er plädiert dafür, den Alltag von Familien in Armutslagen in den Blick zu nehmen.

### **Bertelsmann Stiftung**

Anette Stein, Director

[Umdruck 20/1747](#)

Frau Stein verweist auf ihre schriftliche Stellungnahme ([Umdruck 20/1747](#)) und begrüßte die Intention der beiden Anträge, darauf hinzuwirken, Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Kinderarmut sei nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in ganz Deutschland ein strukturelles Problem. Dies zeige sich daran, dass die zahlreichen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ergriffenen Maßnahmen nicht dazu geführt hätten, dass sich Kinderarmut wesentlich verringert hätte. Die Kindergrundsicherung könne insofern ein erster Schritt sein. Erforderlich seien ein weiterer Ausbau von Kitaplätzen, Hilfen aus einer Hand und die besondere Berücksichtigung von Alleinerziehenden.

## Deutsches Jugendinstitut

Dr. Sabine Walper, Direktorin und Vorstandsvorsitzende

[Umdruck 20/1774](#)

Frau Dr. Walper macht auf ihre schriftliche Stellungnahme aufmerksam ([Umdruck 20/1774](#)) und hebt hervor, Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen sollten durch eine bessere Infrastruktur verbessert werden. Für die Aufrechterhaltung eines qualitativ hochwertigen Angebots seien Personalgewinnung und Personalbindung entscheidend. Dem Vorschlag der Kostenfreiheit von Kitaangeboten stehe das Deutsche Jugendinstitut verhalten gegenüber, weil hieraus allenfalls eine leicht höhere Betreuungsquote, aber kein Anstieg der Erwerbstätigkeit von Müttern erwachse.

Insbesondere Familien, denen Menschen mit Behinderung angehörten, müssten niedrigschwellige Hilfen angeboten werden, die sehr gut miteinander verzahnt seien.

\*\*\*

Herr Dr. Marquardsen teilt auf die Frage des Abgeordneten Dirschauer nach Beispielen dafür, dass Angebote dort angesiedelt sein, wo die Familien seien, mit, Hamburg habe die außerschulische Lernförderung sehr sinnvoll gestaltet. Eine Form von Nachhilfe stehe für Schülerinnen und Schüler offen. Bei der Inanspruchnahme werde nicht deutlich, welcher Einkommensklasse die Familie angehöre, deren Kind das Angebot wahrnehmen.

Mit Blick auf die Frage des Abgeordneten Dirschauer, weshalb Kinderarmut in skandinavischen Ländern geringer ausgeprägt sei als in Deutschland, weist Herr Dr. Marquardsen darauf hin, skandinavische Systeme seien mehr auf den sozialen Ausgleich ausgerichtet und folgten insofern einer anderen Tradition.

Frau Stein fügt hinzu, in Dänemark würden Kinder als vollwertige Bürger angesehen und im Übrigen anders wahrgenommen als in Deutschland. Aufgrund der sehr guten Kinderbetreuungsangebote in Dänemark seien oftmals beide Elternteile erwerbstätig. Insofern sei die Familie dort weniger von Armut bedroht.

Frau Dr. Walper ergänzt, aufgrund einer geringeren Einkommensspreizung falle Kinderarmut in skandinavischen Ländern niedriger aus.

Auch wenn Herrn Dr. Marquardsen keine konkreten Zahlen zur Frage der Abgeordneten Pauls vorlägen, könne er aufgrund der Erfahrungen seines Berufsalltags feststellen, dass der Anteil von Studierenden aus akademischen Elternhäusern an der Universität deutlich größer sei als an der Fachhochschule.

Bezogen auf die Einlassung der Abgeordneten Waldeck bekräftigt Frau Stein, Fachkräfte seien hinsichtlich eines armutssensiblen Umgangs weiter zu sensibilisieren und zu qualifizieren, insbesondere im schulischen Bereich.

Der Auffassung der Abgeordneten Pauls, Bildungseinrichtungen seien durchgängig kostenfrei vorzuhalten, insbesondere die frühkindliche Bildung, hält Frau Dr. Walper entgegen, ein kostenfreier Kitabesuch erhöhe nicht die Erwerbstätigkeit von Müttern. Ein langfristiger Ausweg aus der Armut erfordere jedoch Erwerbsarbeit.

(Unterbrechung: 13:40 Uhr bis 14:05 Uhr)

**Deutscher Kinderschutzbund**  
**Landesverband Schleswig-Holstein e. V.**

Susanne Günther, Landesgeschäftsführerin

[Umdruck 20/1713](#)

Frau Günther schickt voraus, Menschen, die in Armut lebten, befänden sich im Krisenmodus, was sie oftmals daran hindere, die nötigen Anträge zu stellen und die Kinder gut zu begleiten. Auf der Armutskonferenz hätten junge Menschen ausgeführt, Armut bedeute für sie unter anderem, vor Hunger nicht einschlafen zu können. Auch komme es zu massenweisen Abmeldungen von Kindern im offenen Ganztage, wobei sich oftmals diejenigen abmeldeten, die eine Betreuung besonders benötigten. Chefärzte hätten darüber hinaus bestätigt, dass Angebote zur mentalen Gesundheit oftmals gar nicht an arme Menschen herangetragen werden könnten. Ergänzend unterstreicht sie, die Verringerung von Kinderarmut müsse aufgrund ihrer Bedeutung in verschiedenen Dimensionen und der Herausforderungen in verschiedenen Bereichen Chefsache werden. Darüber hinaus werde ein umfassender, systemübergreifender und aufeinander abgestimmter Handlungsplan aller Beteiligten benötigt. Im Übrigen verweist sie auf die Stellungnahme, [Umdruck 20/1713](#).

**Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.**

Dr. Jochen Wilms, Vorsitzender

Frank Zeiler, Geschäftsführer

[Umdrucke 20/1759](#) und 20/3121

Ausgehend von der Bewertung des Politikwissenschaftlers Wolfgang Merkel, der die Demokratie in Deutschland als Zweidrittel-Demokratie sehe, bei der ein Drittel der Bevölkerung abgehängt sei, kommt Herr Zeiler auf das erodierende Vertrauen in demokratische Institutionen zu sprechen. Wenn die Gesellschaft Kinder- und Jugendarmut nicht bekämpfe, nehme sie in Kauf, dass ein Drittel der Menschen abgehängt sei und die soziale Kohärenz bröckele. Sodann stellt er die Kernpunkte der Stellungnahmen, [Umdrucke 20/1759](#) und 20/3121, vor. Ergänzend fordere er für seine Organisation den Mindestlohn für alle, da bislang junge Menschen unter 18 Jahre ohne abgeschlossene Berufsausbildung beim Mindestlohn außen vor blieben. Auch unterstütze er den in beiden Anträgen enthaltenen Bezug auf die Präventionsketten und damit auf das Vorhalten der entsprechenden Infrastruktur vor Ort.

Herr Dr. Wilms weist ergänzend auf die Rolle der non-formalen und informellen Bildung hin, die auch durch die Jugendverbandsarbeit ermöglicht werde, etwa mit Blick auf den Umgang mit Menschen, auf das Sich-Zurechtfinden in sozialen Kontexten und auf den Aufbau von Netzwerken. Er hebe ein Förderprojekt der Nord-Ostsee Stiftung hervor, an das sich beispielsweise Gruppenleitungen wenden und unbürokratisch für bedürftige Kinder eine Förderung in Höhe von bis zu 150 Euro zur Teilnahme an Freizeiten beantragen könnten. So etwas wünsche sich der Landesjugendring flächendeckend, um Teilhabe auf allen Ebenen zu ermöglichen, anstatt mit Armut zu stigmatisieren.

### **Deutsches Kinderhilfswerk**

Holger Hofmann, Geschäftsführer (per Video)

[Umdruck 20/1761](#)

Herr Hofmann, stellt die Kernpunkte der Stellungnahme, [Umdruck 20/1761](#), vor. Ferner merke er an, dass sich inzwischen die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in der Grundsicherung mit 33,9 Prozent auf einem neuen Höchststand bewege. Mehr als ein Drittel sei auf die Grundsicherung angewiesen, während ihr Anteil in der Bevölkerung lediglich 17 Prozent betrage.

Viele Familien nähmen die ihnen zustehenden Leistungen nicht in Anspruch; einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zufolge könne die Kinderarmut mit dem bestehenden Modell der Bundesregierung, das aus Sicht einiger Verbände durchaus Schwächen aufweise, mit Einführung der Kindergrundsicherung rasch um zwei Prozentpunkte gesenkt werden. Dies zeitige auch langfristige, mitunter auch wirtschaftliche Effekte. So trage ein verbessertes Bildungsniveau bis 2050 zur Amortisation der jetzt entstehenden Kosten bei.

Die aktuellen Streitigkeiten um die Personalausstattung empfinde seine Organisation als überflüssig; entscheidend solle sein, dass, wenn Familien verschiedene Behörden – auch mittels digitaler Zugänge – aufsuchten, diese auch im Hintergrund zusammenarbeiteten, um Hilfen aus einer einzigen Hand zu bieten. Auch müsse darauf geachtet werden, Bindungspersonen in die Lage zu versetzen, Familien Zugänge zu Hilfen zu eröffnen.

Mit Blick auf den angesprochenen Teilhabepass empfehle er, sich in anderen Ländern umzusehen und etwa den sehr erfolgreichen finnischen Kinderpass zu betrachten. Ein Gespräch

seiner Organisation mit Sodexo habe ergeben, dass das Unternehmen die technische Umsetzung eines Teilhabepasses im föderalen System Deutschlands für möglich erachte; es gelte, eine Ausgestaltung zu wählen, die etwa Leistungen von Kommunen, Unternehmen und des öffentlichen Nahverkehrs verbinde.

Darüber hinaus existierten mit Blick auf die Armutssensibilität gute Unterstützungsmöglichkeiten auf Landesseite. Bei allen im Bereich tätigen Fachkräften würden eine besondere Kompetenz und eine gute Haltung gegenüber den betroffenen Menschen benötigt. In den Reflexionsroutinen der verschiedenen Professionen solle stärker armutssensibles Handeln genauso wie bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung berücksichtigt werden.

Schließlich sollten Kinder und Jugendliche stärker eingebunden werden – über die punktuelle Einbindung im Rahmen der Kinderarmutskonferenz hinaus im Rahmen einer nachhaltigen Begleitung etwa in einem Jugend-Expert\_innen-Team, um mit der Politik auf Augenhöhe Gespräche zu führen.

\*\*\*

Auf die Frage des Abgeordneten Dirschauer nach Details zu den massenweisen Abmeldungen aus dem offenen Ganztage legt Frau Günther dar, in ihrem Verband seien mehrfach Spenden gesammelt worden, um den Verbleib von Kindern im offenen Ganztage zu ermöglichen. Dies habe mit dem Krieg in der Ukraine begonnen, bis jetzt allerdings nicht aufgehört. Bis dato habe keine einheitliche Lösung für Beiträge für den öffentlichen Ganztage gefunden werden können, etwa durch flächendeckende Sozialstaffeln, sodass der Flickenteppich weiterhin bestehe. Sie spreche auch für sektorenübergreifende Lösungen für das Armutproblem und für gemeinsame Maßnahmen aus.

Herr Dr. Wilms antwortet auf die Frage des Abgeordneten Dirschauer, grundsätzlich bestehe in Jugendverbänden im Vergleich mit Erwachsenenverbänden eine höhere Mitgliederdynamik. Einige Projekte richteten sich insbesondere an armutsgefährdete Kinder und Jugendliche, etwa „Kein Kind ohne Ferienerholung“ des LJR oder „Kein Kind ohne Sport“ im Sportwesen. Der Bedarf der Zielgruppe bestehe, jedoch falle es enorm schwer, diese zu erreichen, wenn die Kinder oder ihre Eltern nicht Teile der Vereins- und Verbandsstrukturen bildeten oder wenn die Entfernung größer sei und die Fahrtkosten eine erste Hürde darstellten. Zur Erleichterung der Erreichbarkeit verweist er auf die Ansprechpersonen für von Armut betroffene Familien,

die nicht nur formale Bildung, sondern auch non-formale Bildung, Vereinswesen und Freizeitgestaltung im Blick haben sollten.

Von der Abgeordneten Schiebe befragt, erläutert Herr Hofmann, beim Kinderpass in Finnland würden auch Leistungen der Jugendhilfe einbezogen. Ob er einen Antrag voraussetze oder ob alle Kindern ihn ohne Antrag nutzen könnten, entziehe sich seiner Kenntnis. Gleichwohl sei es wünschenswert, dass ein solcher Pass allen Kindern zur Verfügung stehe; dies trage dazu bei, Stigmatisierung zu vermeiden.

Herr Dr. Wilms ergänzt zur Antragstellung, das Werkzeug auf Landesebene stelle die Ferienwerksrichtlinie dar. Der Landesjugendring habe das Sozialministerium in Gesprächen über bestehende Hürden informiert, darunter die Antragsformulare und die Bedürftigkeitsprüfung. Auch mit Blick auf die Ehrenamtlichen setze er sich für ein sehr niedrighschwelliges Verfahren ein, das diese in die Lage versetze, ihrem Ideal zu entsprechen, Menschen Teilhabe zu ermöglichen.

Zur Frage der Abgeordnete Schiebe nach den Präventionsketten und der Kinderarmutskonferenz legt Frau Günther dar, derzeit werde die Auswertung der Armutskonferenz erwartet. Die Präventionsketten stellten aus Sicht ihrer Organisation einen Baustein einer Gesamtstrategie dar, nicht jedoch die Lösung des Problems der Kinderarmut schlechthin. Während andere Bundesländer das Modell der Präventionsketten längst flächendeckend umgesetzt hätten, setze Schleswig-Holstein lediglich ein Modellprojekt auf. Bis zur erfolgten Auswertung würden schätzungsweise vier Jahre verstreichen, allerdings dürfe jetzt kein Kind mehr zurückgelassen werden. Daher plädiere sie für die Bewertung aller Maßnahmen. Neben der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen müsse auch die Elternbeteiligung in den Blick genommen werden, zumal in einigen Familien zwischen einem Besuch im Freibad und dem Essen auf dem Tisch abgewogen müsse.

**Landesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren**

Franziska Probst, Leitung Kinderschutz-Zentrum Westküste

[Umdruck 20/1790](#)

Nach einigen Originalzitatzen aus Beratungsarbeit, wie „Wir fahren nicht in den Urlaub“, „Wir feiern keinen Kindergeburtstag“, „Wir machen keinen Schüleraustausch und auch kein Auslandsjahr“, „Wenn ich Geld hätte, würde ich Klamotten oder Schuhe kaufen; ich will mal etwas

Neues haben“, „Mein Elternteil will mich nur zu sich nehmen, weil es dadurch Geld erhält“, „Wir Kinder bekommen den Streit unserer Eltern über Geld mit“, „Am Ende des Monats können wir leider nicht zur Beratung kommen, weil wir die Fahrt nicht mehr zahlen können“, führt Frau Probst in die Kernpunkte der Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren, [Umdruck 20/1790](#), ein. Sodann betont sie die Bedeutung von Struktur in Familien, um mit wenig Geld besser umgehen zu können. Fachkräfte und Lehrkräfte könnten armutsbetroffenen Kindern Sicherheit bieten; sie dürften ebenfalls nicht überfordert werden. Es gelte, eine individuelle Zukunft für jedes Kind auszumalen und überhaupt ein Ziel zu entwickeln. Daher müsse der Fokus auf individueller Einschätzung und Förderung liegen. Auch bedürfe es positiver Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen in Sport, Kunst und Musik. Als positives Beispiel führt sie das kostenlose 49-Euro-Ticket für alle Kinder und Jugendlichen in Dithmarschen an, das Mobilität ermögliche und so zu einem chancengleichen Leben beitrage.

### **Kinder- und Jugendvertretungen in Schleswig-Holstein**

Rebecca Schömer, Landeskoordinatorin für Partizipation

Laura-Sophie Steiner, Marley Kranich, Sebastian Schulz, Celine Predel, Jamal Stephanow

Nach einer kurzen Einführung durch Frau Schömer beleuchten Marley Kranich und Jamal Stephanow in einem fiktiven Dialog einige Aspekte der Kinder- und Jugendarmut in Familien, Wohngemeinschaften und im betreuten Wohnen.

Celine Predel ergänzt, die anwesenden Jugendlichen hätten nicht an der gesamten Anhörung teilnehmen können, da sie vormittags noch in die Schule hätten gehen müssen. Teilweise hätten sie den Unterricht früher verlassen müssen, um pünktlich im Landtag sein zu können.

Oftmals werde in der Diskussion nur wenig über junge Menschen in Wohngemeinschaften gesagt. Sie seien derzeit nicht von Armut betroffen, da die Betreuerinnen und Betreuer beziehungsweise die jungen Menschen selbst einkaufen gingen und kochten. Auch sei der Kühlschrank immer gefüllt, die Schulmaterialien würden bezahlt und auch die Mitgliedschaft in Sportvereinen werde ermöglicht. Darüber hinaus erhielten alle jungen Menschen in der stationären Erziehungshilfe in Schleswig-Holstein ein Taschengeld – gestaffelt nach der einheitlichen Taschengeldtabelle.

Wer in einer WG lebe, erhalte darüber hinaus Bekleidungs-, Hygiene- und Fahrtgeld. Dieses sei teilweise geringer als beim Bürgergeld und nicht überall gleich, was aus Sicht der jungen

Leute für unfair erachtet werde. Nur weil ein Träger bessere mit dem Jugendamt als ein anderer Träger verhandelt habe, flössen unterschiedliche Summen. Daher mahne sie einheitliche, faire und bedarfsgerechte Regelungen an. In diesem Zusammenhang stelle sie den gemeinsam entwickelten Flyer dem Ausschuss zur Verfügung.

Auch bringe sie ihre Hoffnung auf Erhöhung der Beträge und auf Anpassung an die Höhe des Bürgergeldes zum Ausdruck. Die durchschnittlich 14 Euro pro Monat für Hygieneartikel reichten nicht aus, zumal die Basisartikel für Jungen und Mädchen bei Testkäufen zwischen 16 Euro und 22 Euro im Drogeriemarkt kosteten; dabei handele es sich um No-Name-Produkte.

Obwohl sie selbst in einer WG lebten, wüssten sie, wie es sich anfühle, als junger Mensch in Armut zu leben, so Sebastian Schulz. Sie hätten erlebt, dass größere Geschwister, obwohl sie selbst noch klein seien, auf kleinere Geschwister aufpassen müssten, oder dass sich Eltern nicht um ihre Kinder kümmerten, weil sie krank oder süchtig seien oder ihnen alles zu viel sei. Sie wüssten, wie es sich anfühle, wenn Eltern keine Bindung eingehen könnten, zumal Kinder dann oftmals gelernt hätten, niemandem zu vertrauen. Dann falle es auch schwer, sich selbst Hilfe oder Unterstützung zu holen.

Jamal Stephanow merkt an, die Kinder- und Jugendvertretungen unterstützen die in beiden Anträgen vorgesehene Beteiligung der Kinder und Jugendlichen bei der Entwicklung von Strategien gegen Kinderarmut. Sie wünschten sich, auch über die nächsten Schritte auf dem Laufenden gehalten zu werden.

\*\*\*

Der Abgeordnete Dirschauer hält vorab fest, das Positionspapier zu den einheitlichen Regelungen gern entgegennehmen zu wollen. Vom Abgeordneten nach Wünschen in Bezug auf die Reduzierung der Kinderarmut befragt, antwortet Jamal Stephanow, die Kinder- und Jugendvertretungen wünschten sich insbesondere, dass das Bekleidungs- und das Hygienegeld für den Kauf auch etwas teurerer Sachen ausreichten.

Der Abgeordnete Waldeck erläutert Jamal Stephanow, er habe den Eindruck, dass offen gesagt werde, an wen man sich wenden könne, wenn Bedarf bestehe. Auch die Frage, ob eine Einheitlichkeit gewünscht werde und die Gelder erhöht werden sollten, bejaht er.

Frau Schömer ergänzt, die jungen Menschen würden – abhängig von ihrer Wohnsituation, dem entsprechenden Träger und dem Ausgang der Verhandlungen mit den Jugendämtern – unterschiedlich viele Mittel erhalten. Das Bekleidungsgeld betrage beispielsweise 25 Euro bis 30 Euro pro Monat. Die jungen Menschen hätten darauf hingewiesen, dass die Mittel jahrelang nicht erhöht worden, die Bedarfe aber gestiegen seien. So wünschten sie sich, auch Artikel guter Qualität und gegebenenfalls mit fairer Herstellung ohne Kinderarbeit zu kaufen. Celine Predel macht darauf aufmerksam, dass manche Menschen andere, teurere Pflegeprodukte, etwa Antischuppenshampoo, benötigten.

Die Frage des Abgeordneten Dr. Garg, ob sich die Kinder- und Jugendvertretungen mit Blick auf den fehlenden Rahmenvertrag und die Einheitlichkeit der Sätze mit den Kommunen in Verbindung gesetzt hätten, verneint Jamal Stephanow. Frau Schömer ergänzt, das von den Kindern und Jugendlichen erarbeitete Papier liege erst seit eineinhalb Wochen vor und sei von Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses als gute Grundlage für die Verhandlungen begrüßt worden. Die jungen Menschen wüssten um den Rahmenvertrag, fragten sich aber, warum man die Frage nach einer Vereinheitlichung von Fahrtkosten, des Kleidungs- und Hygienegeldes, bei der es um Kleinstbeträge gehe, nicht unabhängig davon lösen könne.

Von der Abgeordneten Schiebe nach wünschenswerten Möglichkeiten der Freizeitgestaltung befragt, antwortet Sebastian Schulz, das 49-Euro-Ticket stelle eine Möglichkeit dar, überhaupt zu den Aktivitäten hinzukommen. Andere Möglichkeiten seien die Abholung durch Freunde oder das Fahren durch die Eltern. Auch solle das Geld für den Sportverein reichen. Beispielsweise koste Bogenschießen mehr, sodass das Geld an anderer Stelle, etwa bei der Bekleidung, fehle. Jamal Stephanow ergänzt, er würde finanzielle Mittel für die Mitgliedschaft in weiteren Vereinen begrüßen.

Auf die Frage der Abgeordneten Pauls, ob sich die Kinder und Jugendlichen über die Angebote von Stadt- und Kreisjugendringen, etwa Ferienfreizeiten, informiert fühlten, antwortet Frau Schömer, sie wisse von Mitgliedern der Kinder- und Jugendvertretung, dass diese etwa über ein vom Jugendring angebotenes Zeltlager Bescheid wüssten. Sebastian Schulz regt an, Flyer

zu den Angeboten der Vereine zum Beispiel in Jugendklubs zu verteilen oder Informationstafeln in den verschiedenen Orten aufzustellen und die Angebote dort bekannt zu machen.

Frau Schömer unterstreicht, die jungen Menschen würden darum bitten, nach der erfolgten Anhörung über den Ablauf und die Ergebnisse des parlamentarischen Verfahrens informiert zu werden.

Die Vorsitzende weist auf das öffentlich zugängliche Landtagsinformationssystem (LIS-SH) hin. Die Fraktionen würden die Anhörung auswerten und einen Beschluss fassen. Darüber werde am Ende das Plenum abstimmen.

Abgeordnete Schiebe macht darauf aufmerksam, dass es auch für Erwachsene schwierig sei, sich in den Informationssystemen zurechtzufinden. Sie habe, als sie neu im Amt gewesen sei, auch länger dafür gebraucht. Daher schlage sie vor, bei den verabredeten Treffen aller Kinder- und jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher das vorliegende Thema auf die Tagesordnung zu nehmen und die Kinder- und Jugendvertretungen im Nachgang zu informieren.

Die Vorsitzende schließt sich dem Vorschlag an. Die Kinder- und Jugendvertretungen würden Nachricht erhalten, wenn eine solche Versammlung geplant werde. Sie unterstreiche, dass man sich auch im Internet ganz gut informieren könne. Des Weiteren stünden auch die Führungen durch das Haus mit Kennenlernen der Abläufe und von Abgeordneten den Kindern und Jugendlichen offen. Vielleicht könne auch das Landtagsmobil einmal bei den Kinder- und Jugendvertretungen einen Stopp einlegen. Sie danke allen Anzuhörenden und unterbricht die Sitzung bis 16 Uhr.

### **DGB Bezirk Nord**

Laura Pooth, Vorsitzende (per Video)

Aufgrund technischer Schwierigkeiten bei der Videoübertragung sagt Frau Pooth zu, dem Ausschuss ihr Redemanuskript schriftlich zu übermitteln (siehe [Umdruck 20/3225](#)).

**Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Schleswig-Holstein e. V.**

Adrienne Meisel, Beratung und Geschäftsführung

Claudia Pregel, 1. Vorsitzende

[Umdruck 20/1722](#)

Frau Meisel stellt die Stellungnahme, [Umdruck 20/1722](#), und die Beratungsarbeit ihres Verbandes VAMV kursorisch vor. Bei durchschnittlich 250 Beratungsgesprächen pro Jahr entfielen 42 Prozent auf die Beratung von Alleinerziehenden, die den Alltag mit ihren Kindern sehr gut meisterten, Themen seien etwa neue Partnerinnen oder Partner, Neuregelung des Umgangs oder auch Volljährigkeit der Kinder. Etwa 50 Prozent der Beratungsgespräche entfielen auf Eltern in Trennung, etwa zu den Themen bezahlbarer Wohnraum, Umgangsfragen, Unterhaltsleistungen und Beantragung von Unterhaltsleistungen in der emotional aufgeladenen Trennungssituation.

**SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein e. V.**

Tim Holborn, Landesgeschäftsführer und Pressesprecher

[Umdruck 20/1733](#)

Herr Holborn verweist auf die Stellungnahme, [Umdruck 20/1733](#), und die vorausgehenden Teile der heutigen Anhörung. Einigkeit habe darüber geherrscht, dass es einen unhaltbaren Zustand darstelle, dass jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut leben müsse. Er wiederhole: 33,9 Prozent der Grundsicherungsempfänger seien Kinder und Jugendliche; ihr Bevölkerungsanteil betrage jedoch nur 17 Prozent. Armut von Kindern und Jugendlichen erzeuge Folgekosten, die die Gesellschaft in Zukunft bezahlen müsse. Ergänzend zur Stellungnahme betone er den Beratungsbedarf zur Inanspruchnahme vorhandener Angebote und Leistungen.

\*\*\*

Abgeordnete Rathje-Hoffmann lobt die gute Arbeit des VAMV für Alleinerziehende und fragt nach der Erhältlichkeit der Broschüre über Trennung für Alleinerziehende sowie nach näheren Informationen zu den Gutscheinen.

Frau Meisel antwortet, Gutscheine würden von Alleinerziehenden häufig mit Blick auf Betreuung thematisiert. Hierbei spiele auch die Frage der Randzeiten, etwa bei alleinerziehenden

berufstätigen Müttern oder Vätern mit Arbeitszeiten am Wochenende oder im Schichtdienst, eine Rolle. Diese müssten sich Babysitter nehmen und die Kosten dafür privat bezahlen.

Sodann führt sie aus, die Broschüre für Alleinerziehende erstelle der Bundesverband. Sie liege inzwischen in der 24. Auflage vor und könne einfach – auch in größeren Stückzahlen etwa zur Weitergabe an Beratungsstellen – bestellt werden. In diesem Zusammenhang könne die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern intensiviert werden. Allerdings weise sie darauf hin, dass der Landesverband mit einer einzigen Personalstelle finanziert werde, was Auswirkungen auf die Netzwerkarbeit habe, da die Geschäftsstelle mit sehr wenig Ressourcen und sehr wenig Zeit effektiv arbeiten und Prioritäten setzen müsse. Sie danke für das ausgesprochene Lob und die Anerkennung des Verbandes; oftmals werde den Beteiligten nach der Beratungen ebenfalls große Dankbarkeit entgegengebracht.

Von der Abgeordneten Schiebe um nähere Auskunft zu den Voraussetzungen für möglichst niedrigschwellige Beratung gebeten, erläutert Frau Meisel, zum VAMV kämen Alleinerziehende, die sich die benötigten Informationen und Leistungen etwa anhand der Broschüre besorgen könnten. Alleinerziehende ohne diese Kompetenz kämen nicht zum VAMV. Die Prognos-Studie des Bundesfamilienministeriums zur Trennungsberatung bestätige, dass nur bestimmte Zielgruppen zu den Beratungsangeboten gelangten. Oftmals stehe den Alleinerziehenden nicht genug Zeit zur Verfügung, um neben Job und Familie noch in Communitys aktiv zu werden. Ihr Verband habe verschiedene Veranstaltungsformate mit unterschiedlichen Zeitslots am Vormittag oder Nachmittag ausprobiert und Kinderbetreuung angeboten, allerdings sei die Beteiligung nicht groß gewesen.

Frau Pregel ergänzt, viele Alleinerziehende erreiche man auch deswegen nicht, weil zu Beginn der Trennungsphase nur wenig Energie vorhanden sei. Das Bereitstellen von Material helfe in dieser Situation nicht; sie hätte sich in ihrer früheren Situation gewünscht, dass Menschen mit offenen Augen und Ohren sie darauf angesprochen hätten – maximal niedrigschwellig. Im Übrigen gebe sie zu bedenken, dass das Verhalten von Alleinerziehenden unterschiedlichen Alters durchaus anders ausfallen könne; auch soziale Medien spielten durchaus eine andere Rolle.

Auf die Nachfrage der Abgeordneten Hildebrand zum Erkennen von Alleinerziehenden und der persönlichen Ansprache führt Frau Pregel aus, das sei sehr individuell. Ferner existiere in der Gesellschaft immer noch eine Stigmatisierung von Alleinerziehenden, die nach und nach

geringer werde. Sie würde begrüßen, wenn dem Thema der Ein-Eltern-Familien mehr Öffentlichkeit, ein positiveres Image und mehr Normalität zukäme.

Die Abgeordnete Pauls dankt für den Vergleich in der schriftlichen Stellungnahme des VAMV und begrüßt die hohe Übereinstimmung zu den eigenen Positionen. Sodann wirft sie die Frage nach den beabsichtigten rechtlichen Änderungen bei Unterhaltszahlungen auf.

Frau Meisel antwortet, man müsse zwischen den verschiedenen Leistungssystemen differenzieren. Bürgergeld und Kinderzuschlag griffen bei einem Mindesteinkommen von 600 Euro brutto; in diesem Fall kämen viele Beantragungen zum Tragen, etwa Kinderzuschlag, Wohngeld und Unterhalt. Aus der Beratungspraxis erhalte sie die Rückmeldung, dass der KiZ-Lotse nicht immer akkurate Ergebnisse auswerfe und Menschen von der Beantragung abhalte; hier sehe sie die Notwendigkeit der Überprüfung. Sie mache auf die große Grauzone bei geringen Einkommen und den Bedarf aufmerksam, die bestehende Grenze zu überprüfen und gegebenenfalls anzuheben. Liege man auch nur knapp darüber, entfalle der Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket. Der Verband lehne das Wechselmodell als Leitmodell beim Unterhalt ab und spreche sich für Offenheit bei den Umgangsmodellen aus. Die häufige Praxis „Betreuung gegen Unterhalt“ sehe der Verband kritisch.

Die Vorsitzende dankt den Anzuhörenden für ihre Teilnahme und ihre Diskussionsbeiträge.

## 2. Verschiedenes

Abgeordnete Schiebe informiert, ihre Fraktion benötige mehr Zeit, um die Akten zum Pflegeeltern geld auszuwerten. Außerdem werde die SPD beantragen, Akten aus der Vertraulichkeit herauszustufen. Mit Blick auf die Sitzungsökonomie des Sozialausschusses bitte ihre Fraktion um Verlängerung der Aktenvorlage.

Abgeordnete Nies stellt die Zustimmung ihrer Fraktion zur Verlängerung in Aussicht.

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 20/3148](#), einstimmig, die Landesregierung um eine Verlängerung der Vorlage der Akten zum Thema Pflegeeltern geld bis zum 15. Juni 2024 zu ersuchen.

Die Vorsitzende, Abgeordnete Rathje-Hoffmann, schließt die Sitzung um 16:40 Uhr.

gez. Katja Rathje-Hoffmann  
Vorsitzende

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer